

Syrien: Neuer Krisenherd in Nahost

In den größten Städten Syriens flackern Unruhen auf, in der Hauptstadt Damaskus werden mehr politische Morde verübt als in Italien oder der Türkei. Vor vier Jahren zogen syrische Truppen in den Libanon, um den Nachbarn

zu pazifizieren. Heute zieht Damaskus seine Truppen zurück, weil sie keines der gesteckten Ziele erreicht haben. Die Saudis stellen ihre Zahlungen ein, die Sowjets wittern eine Chance. Wird Syrien ein neuer Libanon?

Assad ist die Hoffnung der arabischen Volksmassen“, malten syrische Gefreite an Beiruts Häuserwände. Doch die Hoffnung scheint zu trügen.

Syriens Präsident Hafis el-Assad, mit zehn Jahren Amtszeit einer der dienstältesten arabischen Staatsscheffe, steckt in der größten Krise seiner Regierungszeit. In den wichtigsten Städten seines Landes, jahrelang eher ein stabilisierender Faktor im unruhigen Nahostspiel, brachen Unruhen aus.



Syriens Staatschef Assad
Keine Gnade mehr

In der nordsyrischen Millionenstadt Aleppo zogen Demonstranten durch die Straßen und setzten Regierungsgebäude, die Büros der syrischen und sowjetischen Fluggesellschaften sowie die meisten Kinos in Brand. Die Polizei schoß scharf, und mehr als 300 Menschen starben.

In der zentralsyrischen Stadt Hama fanden Kämpfe statt, und die Regierung verhängte eine zwölfstündige Ausgangssperre. Die Geschäftsleute schlossen ihre Läden, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei zu protestieren.

Doch die Ausschreitungen gingen weiter. Die Armee setzte Panzer ein



Syrische Truppen im Libanon: Schon lange Grund zum Aufstand

und riegelte Aleppo ab. In Hama hinderte sie gläubige Moslems am Freitagsgebet.

Selbst auf die Hauptstadt griffen die Unruhen über. Im Vorort Maidan el-Scheich starben bei einem Feuergefecht ein Dutzend Polizisten. Heute gibt es in Damaskus mehr politische Morde als in der krisengeschüttelten Türkei: Täglich sterben fünf Damaszener eines gewaltsamen Todes.

„Damaskus ist in Gefahr“, mahnt die Stadtverwaltung in einem Appell an die Staatsbürger. Der sonst eher wortkarge Staatschef selbst hält fast täglich eine Ansprache an die Nation. „Ab heute werden wir mit niemandem mehr Gnade walten lassen, der sich unseren fortschrittlichen Zielen in den Weg stellt“, droht Assad.

Unterdessen rüstet das Land zum Kampf: Die Berufsgenossenschaften planen, Volksmilizen zu bilden, die Arbeiter- und Bauernsyndikate verteilen Waffen, um „die Banden der Saboteure und Kriminellen zu liquidieren“.

„Daß es erst heute kracht“, sagt ein syrischer Offizier im Libanon, „ist selb-

sam. Denn Grund zum Aufstand haben wir schon lange.“

Es sind viele Gründe, die zum Aufstand führten. Die Inflationsrate stieg auf 30 Prozent, und eine hohe Arbeitslosigkeit hat zur Folge, daß Syrer selbst im zerbombten Libanon Jobs suchen.

Hinzu kommt, daß sich die politische Führungsschicht zunehmend isoliert. Staatschef Assad ist Mitglied der Alawitensekte, die vielen Syrern suspekt erscheint, weil sie sich mit Geheimnissen umgibt. Beispielsweise erschließen die Sektenmitglieder ihre Lehre nur einer ausgewählten Oberschicht. Sie haben Christliches und Islamisches vereint.

Assad aber stützt sich immer mehr auf seine Glaubensbrüder — sogar auf seine Verwandten. So befiehlt der Präsidentenbruder Rifaat el-Assad eine aus Alawiten bestehende Sondertruppe, die — oft auch in Zivil — hochstehende Persönlichkeiten beschützt, aber auch die Armee kontrolliert. Assads Leuten werden Autodiebstähle, Vergewaltigungen und der Vertrieb von Haschisch angelastet. „Die letzte Stütze

des Regimes“ nennt ein syrischer Exilpolitiker in Beirut den Präsidentenbruder.

Hauptgrund für die Schwächung des Regimes aber ist zweifellos das syrische Engagement im Libanon. Vor vier Jahren wurden die Syrer als Friedensstifter mit Blumen begrüßt, heute sind sie verhaßt, weil sie den Libanon wie ein Protektorat behandelten.

Bis heute weigert sich Syrien, diplomatische Beziehungen mit dem Libanon aufzunehmen, „weil das unter Brüdern nicht tut“, wie ein Regierungssprecher verkündete.

Auch militärisch war Syrien nicht erfolgreich. Obgleich die syrische Armee wochenlang die Maronitenhochburg im Beirut Stadtteil Aschrafie mit Stalinorgeln beschossen hatte, konnte sie den Widerstand der Christen nicht brechen.

Auch mit den Palästinensern wurden die Syrer nicht fertig. Zwar duldeten sie ein Blutbad unter anti-syrischen PLO-Gruppen im Palästinenserlager Tel Satar, konnten aber den Widerstand der stärksten PLO-Gruppe, der Fatah um Jassir Arafat, nicht brechen.

Der Protektor Syrien war nicht in der Lage, das Vorrücken der Israelis bis zum Litani zu verhindern und auch nicht die Bildung eines israelisch gehaltenen „freien Libanon“ längs der israelischen Nordgrenze.

Die Libanon-Expedition hat nicht nur die Moral der Armee, sondern auch die der Bevölkerung beeinträchtigt. „Wir mußten die Särge unserer gefallenen Soldaten nachts heimlich über die Grenze schaffen“, gesteht ein syrischer Verbindungsoffizier in Beirut.

So war es nicht verwunderlich, daß sich Syriens wichtigster Geldgeber, Saudi-Arabien, weigert, das kostspielige syrische Libanon-Abenteuer weiter zu finanzieren. „Seit drei Monaten kommt aus Riad kein lumpiger Piaster mehr“, klagt ein Präsidenten-Intimus, der Einblick in die Staatskasse hat. Staatschef Assad beorderte daraufhin seine Truppen aus Beirut zurück.

Durch die Aufgabe des Libanon hat Syrien keine Möglichkeit mehr, in etwaigen Friedensverhandlungen mit Israel ein Faustpfand anzubieten. „Die Syrer kamen doch nur in den Libanon“, sagt ein PLO-Führer, „um uns Palästinenser kleinzukriegen und besser verhandeln zu können. Jetzt ist Damaskus praktisch aus der Nahostpolitik ausgeschieden.“

Doch die Sowjet-Union drängt offensichtlich auf den Abschluß eines Freundschaftsvertrages. Die syrische Regierung akzeptierte den sowjetischen Einmarsch ins muslimische Afghanistan und läßt erstmals seit Jahren verhaftete Kommunisten frei. In Moskau soll sogar schon ein Tonband liegen, auf dem Assad die Russen um Hilfe bittet.

ISRAEL

Stärke zeigen

Die Regierung gerät in der Palästinenserfrage immer mehr in die Defensive. Der als Falke bekannte neue Außenminister Schamir soll das ändern.

Eine so schlechte Presse hatte Washington in Israel schon lange nicht mehr. „Wenn Carter uns schon einen Schlag versetzt“, zürnte die Tel Aviver Tageszeitung „Maariv“, „dann soll er doch nicht anschließend heuchlerisch lächeln.“ Viele Israelis empfinden es als „beschämendes Manöver“ (so ein Beamter im Jerusalemer Außenmini-



Außenminister Schamir (l.): „Die Welt ist gegen uns“

sterium), daß die Regierung der Vereinigten Staaten im UN-Sicherheitsrat den Judenstaat für seine Siedlungspolitik verurteilte, um zwei Tage darauf ihr Votum betreten als „Kommunikationsfehler“ zu entwerfen.

Die Israelis haben Grund, eine Tendenzwende der amerikanischen Israel-Politik zu befürchten. Denn soviel ist sicher: Die USA werden künftig ein weit weniger bequemer Alliiierter sein, als sie es in den vergangenen dreißig Jahren waren. Die Panne im UN-Palast war erst der Anfang.

Zwar muß Carter bis zu den Präsidentschaftswahlen noch auf die jüdische Wählerlobby Rücksicht nehmen. Aber langfristig, so glaubt man in Jeru-

salem, will Carter Israel als Verbündeten gegen Ägypten austauschen. Offensichtlich will Washington nach dem Zusammenbruch der iranischen Monarchie nun Ägypten die Rolle des Nahostpolizisten zuschanzen.

Letzte Woche meldete die israelische Botschaft in Washington, die Amerikaner seien drauf und dran, einen Teil ihrer Auslandshilfe für Israel an den Nil umzuleiten, um gegen die aggressive Siedlungspolitik der Regierung Begin zu protestieren. Dazu kommt, daß die amerikanischen Waffenlieferungen an die Ägypter nach Auffassung der Israelis weit umfangreicher sind, als zur ägyptischen Landesverteidigung vonnöten ist. Und so gut stehen die Israelis — trotz Botschafteraustausch und kleinem Grenzverkehr — noch nicht mit Ägypten, um das nicht als Bedrohung zu empfinden.

Nicht genug damit. Auch über den Beziehungen Jerusalems zu seinen westeuropäischen Freunden hängen drohende Wolken. Der Sympathievorschub des jüdischen Staates ist drastisch geschrumpft, seit Menachem Begin und seine Panjudisten in Jerusalem regieren.

Das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser durch den französischen Staatschef Valéry Giscard d'Estaing hat den jüdischen Ängsten neuen Auftrieb gegeben. Begins Botschafter in Paris, Meir Rosenne, sieht darin eine „Entwicklung, die letztlich die Existenz Israels gefährdet“.

Letzte Woche kam es noch schlimmer.

Nach einem Telefonat mit seinem Freund Giscard erklärte Bonns Kanzler Helmut Schmidt, zwar sei eine Anerkennung der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) durch die Bundesregierung „nicht heute und nicht morgen“ zu erwarten. In der Beurteilung des Selbstbestimmungsrechts aber gehe er mit Giscard konform.

Auch die konservative britische Regierung liebäugelt mit einer Kehrtwendung in der Nahostfrage. Die Briten erwägen einen Antrag auf Änderung der UN-Resolution 242 von 1967, der die Forderung nach Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems durch die Forderung nach „Anerkennung der Rechte der Palästinenser“ ersetzen soll;

* Mit Regierungschef Begin.